



Amt Eiderkanal

Bekanntmachungsblatt des Amtes Eiderkanal

und der Gemeinden Bovenau, Haßmoor, Ostenfeld, Osterrönfeld, Rade, Schacht-Audorf
und Schülldorf sowie des Schulverbandes im Amt Eiderkanal

Jahrgang 2026

Freitag, 06. März 2026

Nr. 09

Inhaltsverzeichnis

Amtlicher Teil:

Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Ostenfeld am 16. März 2026	S. 68
Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Schülldorf am 17. März 2026	S. 70
Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Schacht-Audorf am 19. März 2026	S. 72
Bekanntmachung der Erteilung der Genehmigung der 12. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Osterrönfeld	S. 74
Bekanntmachung des Beschlusses über die 3. Änderung des B-Planes Nr. 10 der Gemeinde Osterrönfeld	S. 75
Bekanntmachung über die Veröffentlichung der Planunterlagen in dem Planfeststellungsverfahren nach §§ 43 ff des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) für den Neubau und Betrieb der 380-/110-kV-Leitung Audorf Süd - Raum Kiel Süd (LH-13-346)	S. 77

Dieses Bekanntmachungsblatt erscheint jeden Freitag, sofern Veröffentlichungen vorliegen; bei dringendem und unaufschiebbarem Bekanntmachungsbedarf kann das Bekanntmachungsblatt auch an einem anderen Wochentag erscheinen. Fällt das Erscheinungsdatum auf einen Feiertag, so erscheint das Bekanntmachungsblatt an dem davor liegenden Werktag. Das Bekanntmachungsblatt ist kostenlos bei der Amtsverwaltung in Osterrönfeld, Schulstraße 36, oder in Schacht-Audorf, Kieler Straße 25, erhältlich. Es kann außerdem im Internet unter der Adresse www.amt-eiderkanal.de eingesehen werden. Das Bekanntmachungsblatt kann auch kostenlos als Newsletter abonniert werden.



BEKANNTMACHUNG

Ich lade Sie recht herzlich zu der am

Montag, 16. März 2026 um 19:00 Uhr

im Bürgerzentrum "Alte Schule", Dorfstr. 8, 24790 Ostenfeld/R.,
stattfindenden öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Ostenfeld ein.

TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungs- und Ergänzungsanträge zur Tagesordnung, Beschlussfassung über die Tagesordnung und evtl. Anträge auf Ausschluss der Öffentlichkeit gem. § 35 II GO SH
3. Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 08.12.2025
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Beratung und Beschlussfassung über die 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Ostenfeld; hier: geänderter Aufstellungsbeschluss
8. Beratung und Beschlussfassung über die 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Ostenfeld; hier: Entwurfs- und Veröffentlichungsbeschluss
9. Beratung und Beschlussfassung über den vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 6 "Photovoltaik südlich der A210"; hier: Entwurfs- und Veröffentlichungsbeschluss
10. Beratung und Beschlussfassung über die Erstellung eines Ortskernentwicklungskonzeptes
11. Bestätigung der Wahl des stellv. Gemeindewehrführers der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Ostenfeld
12. Bericht über die Einnahmen- und Ausgabenrechnung der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Ostenfeld für das Haushaltsjahr 2025
13. Beratung und Beschlussfassung über den Einnahmen- und Ausgabenplan der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Ostenfeld für das Haushaltsjahr 2026
14. Beratung und Beschlussfassung über den Sirenenausbau

15. Beratung und Beschlussfassung über die Festlegung der Höhe der Entschädigungen gem. Entschädigungssatzung
16. Beratung und Beschlussfassung über die Finanzierungsvereinbarung für die Kindertagesstätte "Die kleinen Störche" in Ostenfeld
17. Beratung und Beschlussfassung über den Neubau einer Holzhütte auf dem Spielplatz Alte Schule
18. Beratung und Beschlussfassung über die Erneuerung der Hausordnung der Alten Schule
19. Beratung und Beschlussfassung über die Satzungsänderung der SH-Netz-AG - Anhebung der Wertgrenze der durch den Aufsichtsrat zustimmungsbedürftigen Geschäfte
20. Bericht der Amtsverwaltung
21. Mitteilungen und Anfragen der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter

Voraussichtlich nicht öffentlicher Teil

22. Grundstücksangelegenheiten - Beratung und Beschlussfassung über den Neuabschluss von Pachtverträgen
23. Beratung und Beschlussfassung über den städtebaulichen Vertrag (Durchführungsvertrag) und Gestattungsvertrag zum vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 7 „Photovoltaik nördl. und südl. der A210“
24. Sachstandsbericht über Grundstücksangelegenheiten
25. Bericht der Amtsverwaltung
26. Mitteilungen und Anfragen der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter

Öffentlicher Teil

27. Bekanntgabe von in nicht öffentlicher Sitzung gefasster Beschlüsse
28. Beratung und Beschlussfassung über den vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 7 „Photovoltaik nördl. und südl. der A210“; hier: Abwägungs- und Satzungsbeschluss
29. Schließung der Sitzung

Mit freundlichen Grüßen

gez. Haupt

Wilhelm Haupt
(Der Bürgermeister)



BEKANNTMACHUNG

Ich lade Sie recht herzlich zu der am

Dienstag, 17. März 2026 um 19:30 Uhr

im "Haus der Jugend", Dorfstr. 12a, 24790 Schülldorf,
stattfindenden öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Schülldorf ein.

TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungs- und Ergänzungsanträge zur Tagesordnung, Beschlussfassung über die Tagesordnung und evtl. Anträge auf Ausschluss der Öffentlichkeit gem. § 35 II GO SH
3. Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 02.12.2025
4. Mitteilungen der Bürgermeisterin
5. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden
6. Mitteilungen des Wehrführers
7. Einwohnerfragestunde
8. Ehrung verdienter Mitbürgerinnen und Mitbürger
9. Bestätigung der Wahl des Gemeindewehrführers der Freiwilligen Feuerwehr Schülldorf
10. Verabschiedung des ehemaligen Wehrführers
11. Bestätigung der Wahl des stellv. Gemeindewehrführers der Freiwilligen Feuerwehr Schülldorf
12. Bericht über die Einnahmen- und Ausgabenrechnung der Freiwilligen Feuerwehr Schülldorf für das Haushaltsjahr 2025
13. Beratung und Beschlussfassung über den Einnahmen und Ausgabenplan der Freiwilligen Feuerwehr Schülldorf für das Haushaltsjahr 2026
14. Beratung und Beschlussfassung über die Satzungsänderung der SH-Netz-AG - Anhebung der Wertgrenze der durch den Aufsichtsrat zustimmungsbedürftigen Geschäfte
15. Beratung und Beschlussfassung über die Entgeltordnung für die Nutzung des "Hauses der Jugend" sowie des Sportplatzes

16. Beratung und Beschlussfassung über die 3. Änderung der Satzung der Gemeinde Schülldorf über Entschädigungen in kommunalen Ehrenämtern (Entschädigungssatzung)
17. Beratung und Beschlussfassung über den kommunalen Wärmeplan für die Gemeinde Schülldorf
18. Beratung und Beschlussfassung über die Klarstellungs- und Ergänzungssatzung "Am See-Ost", hier: Entwurfs- und Veröffentlichungsbeschluss
19. Beratung und Beschlussfassung über die Ergänzung des Feuerwehrbedarfsplans: Löschwasserversorgung Uhlenhorst
20. Beratung und Beschlussfassung über die Maßnahme Feuerlöschbrunnen Uhlenhorst
21. Beratung und Beschlussfassung über den Standort des künftigen Feuerwehrgerätehauses
22. Beratung und Beschlussfassung über die Anlage eines Weges zum Mehrzweckplatz
23. Beratung und Beschlussfassung über die Finanzierungsvereinbarung für die KiTa Spatzennest in Schülldorf
24. Beratung und Beschlussfassung über die Finanzierungsvereinbarung für die Kindertagesstätte "Die kleinen Störche" in Ostenfeld
25. Beratung über das Verfahren zur Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens gem. § 36 BauGB
26. Beratung und Beschlussfassung über die Verfahrensweise bei der Bearbeitung von kurzfristigen Anfragen, Anträgen und Entscheidungen bzgl. Befreiungsanträgen zum B-Plan - Antrag Fraktion NFLS
27. Bericht der Amtsverwaltung
28. Mitteilungen und Anfragen der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter

Voraussichtlich nicht öffentlicher Teil

29. Beratung und Beschlussfassung über die Klärung eines Befreiungsantrags zum B-Plan - Antrag Fraktion NFLS
30. Bericht der Amtsverwaltung
31. Mitteilungen und Anfragen der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter

Öffentlicher Teil

32. Bekanntgabe von in nicht öffentlicher Sitzung gefasster Beschlüsse
33. Schließung der Sitzung

Mit freundlichen Grüßen

gez. Höhling

Gudrun Höhling
(Die Bürgermeisterin)



B E K A N N T M A C H U N G

Ich lade Sie recht herzlich zu der am

Donnerstag, 19. März 2026 um 19:00 Uhr

im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes, Kieler Str. 25, 24790 Schacht-Audorf,
stattfindenden öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Schacht-Audorf
ein.

T A G E S O R D N U N G:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungs- und Ergänzungsanträge zur Tagesordnung, Beschlussfassung über die Tagesordnung und evtl. Anträge auf Ausschluss der Öffentlichkeit gem. § 35 II GO SH
3. Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 04.12.2025
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Einwohnerfragestunde
6. Anhörung des Seniorenbeirates
7. Beratung und Beschlussfassung über die Gründung der Arbeitsgruppe "Mobilität"
8. Beratung und Beschlussfassung über die 9. Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung der Gemeinde Schacht-Audorf
9. Beratung und Beschlussfassung über die Satzungsänderung der SH-Netz-AG - Anhebung der Wertgrenze der durch den Aufsichtsrat zustimmungsbedürftigen Geschäfte
10. Bericht über die Einnahmen- und Ausgabenrechnung der Freiwilligen Feuerwehr Schacht-Audorf für das Haushaltsjahr 2025
11. Beratung und Beschlussfassung über den Einnahmen- und Ausgabenplan der Freiwilligen Feuerwehr Schacht-Audorf für das Haushaltsjahr 2027
12. Beratung und Beschlussfassung über die Mustersatzung für Sondernutzungen an Gemeindestraßen und Ortsdurchfahrten der Gemeinde Schacht-Audorf (Sondernutzungssatzung)
13. Beratung und Beschlussfassung über die Finanzierungsvereinbarung für die AWO Kindertagesstätte Schacht-Audorf

14. Beratung und Beschlussfassung über die Finanzierungsvereinbarung für die Kita Farbenfroh in Schacht-Audorf
15. Beratung und Beschlussfassung über die Anbindung des Wohnmobilstellplatzes an das Glasfasernetz
16. Beratung und Beschlussfassung über die Anschaffung eines Radladers für den Bauhof
17. Beratung und Beschlussfassung über die Errichtung eines Bolzplatzes - Antrag des Kinder- und Jugendforums
18. Beratung und Beschlussfassung zur Herstellung eines Notstromanschlusses für das Verwaltungsgebäude Schacht-Audorf
19. Beratung und Beschlussfassung über die Erneuerung der Trinkwasserleitungen in der Hüttenstraße (Lürssen-Werft)
20. Beratung und Beschlussfassung über die gemeindeseitige Löschwasserversorgung (Grundschutz) in der Hüttenstraße nach DVGW W405, 96m³/h
21. Beratung und Beschlussfassung über die Instandsetzung bzw. den Austausch der Gebläse am Klärwerk
22. Beratung und Beschlussfassung über die Inspektion des AW-Kanals, Haltungen, Schächte und Anschlusskanäle in der Dorfstraße
23. Beratung und Beschlussfassung über die kommunale Wärmeplanung für die Gemeinde Schacht-Audorf
24. Beratung und Beschluss zur Kostenübernahme der Wiederbeschaffung vom Inventar des DLRG Wachcontainers am Dörpsee
25. Beratung und Beschlussfassung über die Erstellung einer Prioritätenliste und/oder Sofortmaßnahme (z.B. Gründach) für den Jugendtreff „Point“
26. Bericht der Amtsverwaltung
27. Mitteilungen und Anfragen der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter

Voraussichtlich nicht öffentlicher Teil

28. Personalangelegenheiten
29. Grundstücksangelegenheiten
30. Vertragsangelegenheiten
31. Bericht der Amtsverwaltung
32. Mitteilungen und Anfragen der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter

Öffentlicher Teil

33. Bekanntgabe von in nicht öffentlicher Sitzung gefasster Beschlüsse
34. Schließung der Sitzung

Mit freundlichen Grüßen

gez. Sievers

Joachim Sievers
(Der Bürgermeister)



Amt Eiderkanal

– Der Amtsvorsteher –

Amt Eiderkanal • Schulstr. 36 • 24783 Osterrönfeld

Amtliche Bekanntmachung für die Gemeinde Osterrönfeld

Team Bauverwaltung, Bauleitplanung und Umwelt

Ansprechpartner: Jannika Stieber

Verwaltungsstelle: Osterrönfeld

Schulstraße 36,
24783 Osterrönfeld

Telefon: 04331 / 84 71 33

Telefax: 04331 / 84 71-71

Zimmer: 11

E-Mail: j.stieber2@amt-eiderkanal.de

Internet: www.amt-eiderkanal.de

Öffnungszeiten:

Mo, Di, Do. u. Fr von 08.00 - 12.00 Uhr

und Do von 14.00 - 17.00 Uhr

im Übrigen nach Vereinbarung

Osterrönfeld, 04.03.2026

Bekanntmachung der Erteilung der Genehmigung der 12. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Osterrönfeld

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein hat den von der Gemeindevertretung in der Sitzung am 28.01.2026 beschlossene 12. Änderung des F-Planes der Gemeinde Osterrönfeld für das Gebiet „nördlich der B202, östlich und südlich der ‚Walter-Zeidler-Straße‘ und westlich der ‚Wilhelm-Hartz-Straße‘“ mit Bescheid vom 04.03.2026 Az.: IV 523 – 512.111 – 58.124 (12. Ä.) nach § 6 Abs. 1 BauGB genehmigt.

Die Erteilung der Genehmigung wird hiermit bekannt gemacht.

Alle Interessierten können die 12. Änderung des F-Planes, die Begründung und die zusammenfassende Erklärung in der Amtsverwaltung des Amtes Eiderkanal in der Schulstraße 36, 24783 Osterrönfeld, Zimmer 11, während der Öffnungszeiten für den Publikumsverkehr einsehen und über den Inhalt Auskunft erhalten. Ergänzend sind diese Dokumente ins Internet eingestellt unter der Adresse „www.amt-eiderkanal.de“.

Beachtliche Verletzungen der in § 214 Abs. 2 BauGB bezeichneten Vorschriften werden unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber dem Amt geltend gemacht worden sind. Dasselbe gilt für die nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtlichen Mängel des Abwägungsvorgangs. Dabei ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen (§ 215 Abs. 1 BauGB).

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

gez. Jannika Stieber



Amt Eiderkanal

– Der Amtsvorsteher –

Amt Eiderkanal • Schulstr. 36 • 24783 Osterrönfeld

Amtliche Bekanntmachung für die Gemeinde Osterrönfeld

Team Bauverwaltung, Bauleitplanung und Umwelt

Ansprechpartner: Jannika Stieber

Verwaltungsstelle: Osterrönfeld

Schulstraße 36,
24783 Osterrönfeld

Telefon: 04331 / 84 71 33

Telefax: 04331 / 84 71-71

Zimmer: 11

E-Mail: j.stieber2@amt-eiderkanal.de

Internet: www.amt-eiderkanal.de

Öffnungszeiten:

Mo, Di, Do. u. Fr von 08.00 - 12.00 Uhr

und Do von 14.00 - 17.00 Uhr

im Übrigen nach Vereinbarung

Osterrönfeld, 04.03.2026

Bekanntmachung des Beschlusses über die 3. Änderung des B-Planes Nr. 10 der Gemeinde Osterrönfeld

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeindevertretung hat in der Sitzung am 28.01.2026 die 3. Änderung des B-Planes Nr. 10 der Gemeinde Osterrönfeld für das Gebiet „nördlich der B202, östlich und südlich der ‚Walter-Zeidler-Straße‘ und westlich der ‚Wilhelm-Hartz-Straße‘“ bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung beschlossen.

Dies wird hiermit bekannt gemacht.

Der B-Plan tritt mit Beginn des 07.03.2026 in Kraft.

Alle Interessierten können den B-Plan, die Begründung und die zusammenfassende Erklärung dazu von diesem Tage an in der Amtsverwaltung des Amtes Eiderkanal in der Schulstraße 36, 24783 Osterrönfeld, Zimmer 11, während der Öffnungszeiten für den Publikumsverkehr einsehen und über den Inhalt Auskunft erhalten. Zusätzlich wurden der B-Plan, die Begründung und die zusammenfassende Erklärung ins Internet unter der Adresse „www.amt-eiderkanal.de“ eingestellt.

Beachtliche Verletzungen der in § 214 Abs. 2 BauGB bezeichneten Vorschriften werden unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber dem Amt geltend gemacht worden sind.

Dasselbe gilt für die nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtlichen Mängel des Abwägungsvorgangs. Dabei ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen (§ 215 Abs. 1 BauGB).

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe durch

diesen B-Plan in eine bisher zulässige Nutzung und über das Erlöschen von
Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

gez. Jannika Stieber

Bekanntmachung
über die Veröffentlichung der Planunterlagen in dem
Planfeststellungsverfahren nach §§ 43 ff des Energiewirtschaftsgesetzes
(EnWG) für den Neubau und Betrieb
der 380-/110-kV-Leitung Audorf Süd - Raum Kiel Süd (LH-13-346)

des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur
des Landes Schleswig-Holstein - Amt für Planfeststellung Energie -
vom 18.02.2026 -AfPE 12-

Wesentlicher Inhalt der Planung ist:

- Errichtung und Betrieb einer neuen 380-kV-Höchstspannungsleitung mit einer Länge von ca. 32 km zwischen dem bestehenden Umspannwerk (UW) Audorf Süd und dem neu zu errichtenden UW Raum Kiel Süd
- Mitführung von zwei 110-kV-Systemen der Infrastrukturgesellschaft Nord GmbH (InfraNord) zwischen Mast 2 und Mast 84 der LH-13-346
- Einbindung der 110-kV-Leitung LH-13-105 in die neue Trasse (Mast 116N) sowie Anbindung der 110 kV-Leitung LH-13-105 an das UW Raum Kiel Süd
- Verlegung bestehender Leitungen:
 - o 220-/110-kV-Leitung LH-13-207 (Maste 45–47) im Bereich Achterwehr/Quarnbek
 - o 220-kV-Leitung LH-13-207 (Maste 82–88) und 110-kV-Leitung LH-13-150 (Maste 125–130) im Bereich Moorsee
 - o Errichtung einer neuen 220-kV-Verbindung zwischen dem bestehenden UW Kiel Süd und dem geplanten UW Raum Kiel Süd (Maste 86B bis 87B)
- Rückbau bestehender Leitungen:
 - o 110-kV-Leitung LH-13-105 (Maste 116–118)
 - o 110-kV-Leitung LH-13-150 (Maste 125–130)
 - o 220-kV-Leitung LH-13-207 (Maste 82–88)
- Darstellung der dauerhaften Inanspruchnahme von Eigentumsflächen für die Maststandorte und die dauerhaften Zuwegungen
- Darstellung der temporären Inanspruchnahmen von Eigentumsflächen für das Baufeld sowie die Erschließung des Baufeldes
- Darstellung der Erschließung des Baufeldes über das örtliche Wegenetz

- Errichtung von temporären Schutzgerüsten im Zuge der Querung von Bundesautobahnen, Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen bzw. Wirtschaftswegen
- Errichtung und Betrieb temporärer Freileitungsprovisorien mit Baueinsatzkabel in der Spannungsebene 110-kV sowie 220-kV
- Bauzeitliche Ertüchtigung bzw. Ausbauten diverser Wege und Straßen für die Erschließung der Baustelle
- Ausweisung von Kompensationsmaßnahmen im Rahmen des landschaftspflegerischen Begleitplanes

sowie weitere aus den Planunterlagen ersichtliche Maßnahmen auf den Gebieten der Gemeinden Achterwehr, Bredenbek, Felde, Haßmoor, Mielkendorf, Molfsee, Osterrönfeld, Quarnbek, Rodenbek, Schacht-Audorf und Schülldorf im Kreis Rendsburg-Eckernförde, der Gemeinde Panker im Kreis Plön sowie der kreisfreien Stadt Kiel.

Antragsteller, zuständige Behörde, UVP-Pflicht

Die Vorhabenträgerinnen TenneT TSO GmbH, Bernecker Straße 70, 95448 Bayreuth, und die Infrastrukturgesellschaft Nord GmbH, Schlesweg-HeinGas-Platz 1, 25451 Quickborn haben beim Amt für Planfeststellung Energie (AfPE) für das o. g. Bauvorhaben einen Antrag auf Planfeststellung nach dem EnWG gestellt. Das zum Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur des Landes Schleswig-Holstein (MEKUN) gehörende AfPE ist sowohl für das Anhörungsverfahren als auch für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zuständig. Aufgrund des engen Zusammenhangs der beiden Vorhaben, die weit überwiegend auf einem gemeinsamen Gestänge geführt werden sollen, ist trotz des Vorliegens zweier selbständiger Vorhaben eine Entscheidung nur in einem einheitlichen Verfahren möglich. Es findet daher ein gemeinsames Planfeststellungsverfahren statt. Die Entscheidung erfolgt mittels eines Planfeststellungsbeschlusses. Zweck der Planfeststellung ist es, alle durch das Vorhaben berührten öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen den Vorhabenträgerinnen und den Behörden sowie den durch den Plan Betroffenen rechtsgestaltend zu regeln.

Da die Voraussetzungen des § 43m Abs. 1 EnWG vorliegen, war von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung und einer Prüfung des Artenschutzes nach den Vorschriften des § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz abzusehen.

Veröffentlichung/Auslegung der Planunterlagen

Das AfPE führt die nach § 43a EnWG i. V. m. § 140 Abs. 3 Allgemeines Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (Landesverwaltungsgesetz - LVwG) erforderliche Öffentlichkeitsbeteiligung durch.

Die Planunterlagen zu diesem Vorhaben können über die Internetseiten der unten genannten für die Auslegung zuständigen Ämter und amtsfreien Gemeinden zur Einsicht aufgerufen werden. Die Auslegung der Unterlagen wird gem. § 43a EnWG durch Veröffentlichung im Internet bewirkt.

Die **Planunterlagen** können darüber hinaus auf der Internetseite

www.schleswig-holstein.de/afpe

unter dem Vorhabennamen „Audorf-Kiel“ abgerufen werden.

Die Auslegung der Planunterlagen erfolgt

vom 18.03.2026 bis einschließlich 17.04.2026.

Sie haben zudem die Möglichkeit während der Dauer der Auslegung einen USB-Stick beim AfPE als alternative, leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit mittels E-Mail an posteingang@afpe.landsh.de oder postalisch beim Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur des Landes Schleswig-Holstein, Amt für Planfeststellung Energie (AfPE), Mercatorstraße 3, 24106 Kiel anzufordern.

Aus datenschutzrechtlichen Gründen sind in den Grunderwerbsplänen und im Grunderwerbsverzeichnis die Eigentumsverhältnisse verschlüsselt dargestellt. Der oder dem Betroffenen kann bei den unten genannten für die Auslegung zuständigen Ämtern und amtsfreien Gemeinden unter Vorlage ihres oder seines Personalausweises oder Reisepasses die Schlüsselnummer mitgeteilt werden. Bevollmächtigte haben dort eine schriftliche Vollmacht der oder des Vertretenen vorzulegen.

Die Schlüsselnummer kann auch beim AfPE abgefragt werden (posteingang@afpe.landsh.de). Bitte beachten Sie, dass eine beim AfPE angeforderte Auskunft über die Schlüsselnummer nur schriftlich an die im Schlüsselverzeichnis angegebene Adresse beantwortet wird, so dass Sie den Postlauf einrechnen müssen.

Einwendungen/Stellungnahmen

Jede Person, deren Belange durch die Planung berührt werden, kann bis

einschließlich 04.05.2026

schriftlich oder zur Niederschrift zum Aktenzeichen

AfPE 12- 667-PFV 380/110-kV-Ltg Audorf-Kiel

Einwendungen gegen den Plan erheben bei folgenden Stellen:

1.)

Landeshauptstadt Kiel

Stadtplanungsamt Z. 462a (4. Obergeschoss)

Fleethörn 9

24103 Kiel

www.kiel.de

2.)

Amt Eiderkanal

Raum 11

Schulstr. 36

24783 Osterrönnfeld

www.amt-eiderkanal.de

3.)

Amt Achterwehr

Raum 11

Inspektor-Weimar-Weg 17

24239 Achterwehr

www.amt-achterwehr.de

4.)

Amt Eidertal

Fachdienst Planen & Umwelt

EG Zimmer 04

Mielkendorfer Weg 2

24113 Molfsee

www.amt-eidertal.de

5.)

Amt Lütjenburg

Raum 3.01

Neverstorfer Straße 7

24321 Lütjenburg

www.amt-luetjenburg.de

6.)

Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

des Landes Schleswig-Holstein

Amt für Planfeststellung Energie (AfPE)

Mercatorstraße 3

24106 Kiel

Vereinigungen, die auf Grund einer Anerkennung nach anderen Rechtsvorschriften befugt sind, Rechtsbehelfe nach der Verwaltungsgerichtsordnung gegen die Entscheidung nach § 141 LVwG einzulegen, können innerhalb der genannten Frist Stellungnahmen abgeben.

Die Erhebung von Einwendungen ist ferner durch alle Übermittlungswege möglich, die förmlich die Schriftform ersetzen, wie z. B. per Fax, wenn das Original mit einer Unterschrift versehen ist, als elektronisches Dokument per De-Mail oder versehen mit einer qualifizierten elektronischen Signatur. Die zusätzlich zu den o. g. Postanschriften nutzbaren Adressen lauten:

Fax 0431/988-8841 (AfPE) oder Fax-Nr. der für die Auslegung zuständigen Ämter bzw. amtsfreien Gemeinden

De-Mail DE-Mail-Adresse der für die Auslegung zuständigen Ämter bzw. amtsfreien Gemeinden

Die Übermittlung als **einfache E-Mail bewirkt dagegen keinen rechtswirksamen Eingang.**

Daneben ist die Abgabe einer Stellungnahme für die o.g. Vereinigungen und die Erhebung einer Einwendung über den Basisdienst BOB-SH möglich, welchen Sie auch über die o.g. Internetseite des AfPE (mittels Link zum Verfahren) erreichen. Eine Online-Einwendung über BOB-SH setzt als Ersatz der Schriftform eine dortige Registrierung mit besonderer Authentifizierung (Servicekonto Plus) voraus.

Zur Fristwahrung ist maßgeblich der Eingang bei einer der o. a. Stellen. Eine Eingangsbestätigung erfolgt nicht.

Die Einwendung muss den geltend gemachten Belang und das Maß seiner Beeinträchtigung erkennen lassen sowie den Namen und die vollständige Anschrift des oder der Einwendenden enthalten.

Nach Ablauf der genannten Frist (04.05.2026) sind Stellungnahmen der o. g. Vereinigungen und Einwendungen für dieses Verwaltungsverfahren ausgeschlossen, es sei denn sie beruhen auf besonderen privatrechtlichen Titeln (§ 140 Abs. 4 Satz 3 LVwG).

Informationen zur Verarbeitung und Speicherung personenbezogener Daten im Planfeststellungsverfahren sind dem Informationsblatt des AfPE zum Datenschutz zu entnehmen. Dieses ist unter www.schleswig-holstein.de/afpe abrufbar.

Gem. § 43a Satz 1 Nr. 2 EnWG werden die Einwendungen und Stellungnahmen den Vorhabenträgerinnen zur Erstellung einer Erwiderung zur Verfügung gestellt; auf Verlangen der Einwendenden kann dabei deren oder dessen Name und Anschrift unkenntlich gemacht werden, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Verfahrens nicht erforderlich sind.

Hinweise zu Erörterungstermin, Planfeststellungsbeschluss, Veränderungssperre

Die Anhörungsbehörde kann auf eine Erörterung der fristgerecht erhobenen Einwendungen verzichten (§ 43a Satz 1 Nr. 3 Satz 1 EnWG). In den Fällen des § 43a Satz 1 Nr. 3 Satz 2 EnWG findet ein Erörterungstermin nicht statt. Findet ein Erörterungstermin statt, wird dieser zuvor örtlich bekannt gemacht. Der Erörterungstermin ist nicht öffentlich. Diejenigen, die fristgerecht Stellungnahmen oder Einwendungen eingebracht haben, werden von dem Erörterungstermin gesondert benachrichtigt.

Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können diese durch amtliche Bekanntmachung des Erörterungstermins im Amtsblatt für Schleswig-Holstein und außerdem in örtlichen Tageszeitungen, die in dem Bereich verbreitet sind, in dem sich das Vorhaben voraussichtlich auswirken wird, ersetzt werden.

Die Teilnahme an einem etwaigen Erörterungstermin ist freiwillig. Beim Ausbleiben eines Beteiligten im Erörterungstermin kann auch ohne sie oder ihn verhandelt werden. In diesem Fall gelten die Einwendungen als aufrechterhalten und sind dann im Planfeststellungsbeschluss zu entscheiden.

Die Vertretung durch eine bevollmächtigte Person ist in jedem Schritt des Verfahrens möglich. Die Bevollmächtigung ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen, die zu den Akten des AfPE zu geben ist.

Entschädigungsansprüche, soweit über diese nicht im Planfeststellungsbeschluss dem Grunde nach zu entscheiden ist, werden nicht im Erörterungstermin, sondern in einem gesonderten Entschädigungsverfahren behandelt.

Durch die Einsichtnahme in die Planunterlagen, Erhebung von Einwendungen oder Äußerungen von Vereinigungen, Teilnahme am Erörterungstermin oder Vertreterbestellung entstehende Kosten können nicht erstattet werden.

Der Planfeststellungsbeschluss wird gem. § 43b Abs. 5 EnWG öffentlich bekanntgegeben.

Zu diesem Zweck wird dieser auf der Internetseite der Planfeststellungsbehörde (AfPE) (www.schleswig-holstein.de/afpe) mit Rechtsbehelfsbelehrung für 2 Wochen zugänglich gemacht und zusätzlich mit seinem verfügenden Teil und der Rechtsbehelfsbelehrung sowie einem Hinweis auf die Zugänglichmachung im Internet in örtlichen Tageszeitungen, die in dem Gebiet, auf das sich das Vorhaben voraussichtlich auswirken wird, verbreitet sind, bekanntgemacht.

Mit dem Beginn der Auslegung der Unterlagen tritt die Veränderungssperre nach § 44a Abs. 1 EnWG in Kraft, d. h. auf den vom Plan betroffenen Flächen dürfen bis zu ihrer Inanspruchnahme wesentlich wertsteigernde oder die geplanten Baumaßnahmen erheblich erschwerende Veränderungen mit wenigen Ausnahmen nicht vorgenommen werden. Darüber hinaus kann ab diesem Zeitpunkt den Vorhabenträgerinnen ein Vorkaufsrecht nach § 44a Abs. 3 EnWG an den vom Plan betroffenen Flächen zustehen.